

Diese Ausführungen gereichen dem Revisionskläger nicht zur Beschwerde.

Weiter ist erwogen: In dem vorliegenden Falle enthalte das Ausbedingen einer Provision zwischen dem Verkäufer und dem Käufer nicht die Verabredung einer eigentlichen Provision, d. h. eines Entgelts für die Thätigkeit eines Dritten, sondern die usancemäßige, aber doch juristisch willkürliche Bezeichnung eines Theils des Kaufpreises; diese Rechtsnatur werde in den vorliegenden Fällen durch die interne Abmachung des Klägers mit seinen Angestellten über die Theilung dieser Provision nicht geändert, die zwischen den Kontrahenten des Kaufvertrags vereinbarte Nebenvergütung sei Theil des Kaufpreises; sei aber hiernach die zwischen den Kontrahenten des Anschaffungsgeschäftes so vereinbarte Provision Bestandtheil des Anschaffungsgeschäftes, so fehle es bei denjenigen Geschäften, welche Gegenstand der Erinnerungen des Stempelfiskals sind, an dem Erfordernisse des §. 8, nämlich an der Gleichheit der Vertragsbestimmungen.

Diese Begründung ist von dem Revisionskläger vergebens angegriffen worden.

Die als verletzt bezeichnete Bestimmung unter Ziffer 4 des Tarifs zum Gesetze vom 29. Mai 1885, wonach der Werth des Gegenstandes des Geschäfts nach dem vereinbarten Kauf- oder Lieferungspreise bestimmt wird, überläßt hiermit die Bestimmung des Kauf- oder Lieferungspreises der Verein-

barung der Kontrahenten. Diese können daher auch vereinbaren, daß gewisse, von dem Käufer dem Verkäufer oder von dem Verkäufer dem Käufer zu gewährende Nebenleistungen, wie Provision, welche an sich als Theil des Kaufpreises nicht anzusehen sein würden, dem Kaufpreise hinzutreten oder, wenn sie von dem Verkäufer dem Käufer zu gewährt sind, vom Kaufpreise in Abzug gebracht werden. Das Erforderniß, daß der Kaufpreis in einer bestimmten Summe Geldes bestehe, schließt eine Vereinbarung der Kontrahenten nicht aus, daß gewisse andere Leistungen, wie Provision, dem Kaufpreis hinzutreten oder daß der Kaufpreis sich um sie mindert. Das Gesetz selbst geht, indem es vorschreibt, daß mehr, als der Verkäufer bei Abschließung des Vertrages sich ausdrücklich ausbedungen habe, unter dem Namen eines Weinkaufs, Schlüssel-, Galiter- oder Trinkgeldes nicht gefordert werden könne, (vergleiche § 55 des Allgemeinen Landrechts Theil I Titel 11.) davon aus, daß, wenn dergleichen Nebenleistungen ausbedungen werden, sie als Zuschlag zum Kaufpreis anzusehen sind. Auf der gleichen Rechtsauffassung beruht das Berufungsurtheil, indem es die Abrede über die dem Kläger für die von ihm theils als Verkäufer theils als Käufer gemachten Geschäfte zugewährende Provision als eine die Festsetzung des Kaufpreises betreffende Abrede ansieht. Das Gesetz ist sonach richtig angewendet und die Revision als unbegründet zurückzuweisen.

## Persönliche Dienstverhältnisse der Beamten.

Meinungsaustausch für und durch unsere Leser.

Frage 1. Welche Anforderungen werden in den verschiedenen Provinzen hinsichtlich des Anzuges gestellt, in welchem die Beamten vor den Commissarien der Provinzial-Steuer-Directoren zu erscheinen haben?

Meines Erachtens kann das Erscheinen in Helm, Waffenrock und Epaulettes dann nicht gefordert werden, wenn der Beamte nach einem Orte außerhalb seines Stationsortes bestellt wird und im Anschluß an die Meldung gemeinsam Dienst verrichtet wird. Nach dem Uniformsreglement sollen Helm und Epaulettes nur bei feierlichen Gelegenheiten getragen werden. Hiernach dürfte es überhaupt fraglich sein, ob zu einer Meldung, die doch keine feierliche Gelegenheit ist, solcher Anzug verlangt werden kann.

H. R. in P.

Frage 2. Wenn ein Dienstequipage haltender Beamter auf einer Dienstreise streckenweis die Bahn behufs Ausübung der Zollkontrolle auf Grund seiner Freikarte kostenlos benutzt, in welchem Umfange darf er dann nur die niedrigeren Reise-geldzuschüsse liquidiren und in wie weit wird der Zuschuß für ein genommenes Nachtquartier dann gewährt?

L. D. in M.

Dem Artikel in Nr. 17 der Umschau „Ueber den Rang der Hauptamts-Dirigenten und Mitglieder, kann nur Beifall gezollt werden. Es behandelt dieser Artikel eine Materie,

welche zweifelsohne schon längst hätte öffentlich besprochen werden müssen.“)

Die Hauptamts-Dirigenten anlangend, so nehmen diese in Sachen bereits den Rang in der 4. Klasse der Hofrangordnung ein, welche dem der Räte 4. Klasse in Preußen entsprechen dürfte. Da nun jeder junge Lieutenant der 5. Hofrangklasse angehört, so erscheint es ungerecht und ist für die Betroffenen beschämend, wenn Oberbeamte der Civilverwaltung, deren Stellung doch der entspricht, welche die Offiziere in der Militär-Verwaltung einnehmen, niedriger rangieren. Die Vorbildung der Inhaber beiderlei Stellen ist doch annähernd die gleiche, auch sind die Leistungen sicher gleichwerthig.

Jedoch würde eine Aenderung der derzeitigen Rangverhältnisse sich im Interesse der Gerechtigkeit nicht nur auf die Hauptamtsmitglieder, sondern auf alle Oberbeamten der Zoll- und Steuerverwaltung zu erstrecken haben. Wer wollte leugnen, daß nicht auch die Stellung der übrigen Oberbeamten gleicherweise wichtiger und schwieriger geworden wäre? Und ist nicht die wissenschaftliche Qualifikation bei allen Oberbeamten die gleiche? Jeder Fachmann wird anerkennen, daß die Stellen der Vorstände im äußeren und Abfertigungs-Dienst denen der höheren Rassenbeamten in Bezug auf Arbeits-Quantität und Quantität nicht oder nur unwesentlich nachstehen.

— Wir bemerken dazu, daß dieser Anspruch doch zu

Vater in der Landeshauptcasse in Lemberg. Wollen Sie ihn doch entsprechend qualificiren.

Spendling verspricht, ihn entsprechend zu qualificiren.

Zweiter Act.

Bogucki, Trzcieniecki's Präsidialsekretär, bemerkt, daß dem Candidaten doch noch ein gesetzliches Erforderniß, nämlich der Ausweis über absolvirte vier Gymnasialklassen fehle.

Trzcieniecki erwidert, daß Olpinski ganz gewiß das Untergymnasium absolvirt habe.

Bogucki: Ja, aber es sind die Zeugnisse nicht beim Acte.

Trzcieniecki: Da schreiben Sie hin, daß der Bewerber die Erfordernisse habe.

Bogucki erwidert, daß er das doch aber unmöglich thun könne, da ja eben die gesetzlichen Erfordernisse fehlen.

Trzcieniecki entläßt ihn äußerst ungnädig!

Dritter und letzter Act:

Der junge Olpinski hat niemals vier Gymnasialklassen gemacht, er hat bloß zwei Classen absolvirt, der Hofrath wollte seinen Präsidialsekretär zu einem Verrath gegen das Gesetz verführen.

Alein genug von diesen und ähnlichen Geschichten, und rasch zu einer hin, in welcher sich die ganze riesige Schwinderei in allen ihren Formen zu einem Ganzen zusammenschließt und vereinigt. (Fortsetzung folgt.)